

II- 74 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr 56 13

1979 -07- 03

A n f r a g e

der Abgeordneten DR. BROESIGKE, DR. GÖTZ, DR. HAIDER, DR. FRISCHEN-
SCHLAGER, DVw. JOSSECK

an den Herrn Bundesminister für Finanzen

betreffend Zweiter Bericht der Volksanwaltschaft - erhöhter
Umsatzsteuersatz für Behindertenfahrzeuge

Im Zusammenhang mit einem Härtefall, der sich aus der Tat-
sache ergibt, daß auch Kraftfahrzeuge für Behinderte dem er-
höhten Umsatzsteuersatz unterliegen, führte die Volksanwalt-
schaft in ihrem Zweiten Bericht an den Nationalrat (Seite 74)
unter anderem folgendes aus:

"Die Volksanwaltschaft ist der Auffassung, daß es nicht formale
Gründe sein dürfen, die die Benachteiligung eines bestimmten
Personenkreises zur Folge haben, insbesondere dann nicht, wenn
es sich, wie im vorliegenden Fall, um einen besonders schutzwür-
digen Personenkreis handelt. Die Volksanwaltschaft regt daher an,
auf sozialrechtlichem Gebiet die notwendige soziale Berücksich-
tigung der unbestritten gegebenen Härte zu schaffen."

Die derzeitige Regelung sieht zwar die Abgeltung der erhöhten
Umsatzsteuer für Behinderte beim Ankauf eines PKWs vor, doch ist
dies an die Voraussetzung geknüpft, daß der Antragsteller aus
beruflichen Gründen ein Kraftfahrzeug dringend benötigt. Somit
gilt diese Erleichterung gerade für jene Behinderten nicht, deren
physischer Zustand eine Berufstätigkeit ausschließt.

Unter Bezugnahme auf die oben zitierte Empfehlung der Volksan-
waltschaft, die den von der FPÖ-Fraktion seit jeher vertretenen
Standpunkt bestätigt, richten die unterzeichneten Abgeordneten
an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

- 2 -

A n f r a g e :

1. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu der hier aufgezeigten Problematik ?
2. Wurde die Ausweitung der Abgeltung des erhöhten Umsatzsteuersatzes auf alle Behinderten bereits geprüft - und, wenn ja, mit welchem Ergebnis ?